



## Antrag

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **VI/2017/03071**  
Datum: 10.05.2017  
Bezug-Nummer.  
PSP-Element/ Sachkonto:  
Verfasser: Dr. Meerheim, Bodo  
Dr. Brock, Inés

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	31.05.2017	öffentlich Entscheidung

**Betreff: Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Volksinitiative für mehr Lehrer\*innen und pädagogische Mitarbeiter\*innen an Sachsen-Anhalts Schulen**

### Beschlussvorschlag:

Anfang Mai startete die von einem breiten Bündnis getragene Volksinitiative „Gegen den Mangel – Unseren Kindern Zukunft geben“. Kernforderung der Volksinitiative ist die Einstellung von 1.000 Lehrerinnen und Lehrern und 400 pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusätzlich zu den aktuellen Planungen der Landesregierung, um das in den letzten Jahren entstandene Personaldefizit an Sachsen-Anhalts Schulen – und somit Unterrichtsausfall und mangelnde Bildungsqualität – zu beseitigen. Die Stadt und der Stadtrat Halle (Saale) begrüßen die Volksinitiative und bekennen sich zu deren Zielen. Im Rahmen der vorhandenen Mittel und Möglichkeiten wird die Volksinitiative durch die Stadt und den Stadtrat Halle unterstützt.

gez. Dr. Bodo **Meerheim**  
Vorsitzender der Fraktion  
DIE LINKE

gez. Dr. Inés **Brock**  
Vorsitzende der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **Begründung:**

Bei steigenden Schülerzahlen gibt es seit Jahren zu wenige Neueinstellungen von Lehrer\*innen und pädagogischen Mitarbeiter\*innen in den Schuldienst des Landes. Die Folgen des Personalmangels sind umfangreiche Unterrichtsausfälle und Lehrkräfte, die an ihre Belastungsgrenzen stoßen. An Grundschulen wird in immer größeren Klassen unterrichtet und die Förderung von Schüler\*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf sowie die Sprachförderung von Migrant\*innen ist zunehmend gefährdet. Kurzum: Die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen ist durch abnehmende Bildungsqualität grundlegend bedroht. Auch die allgemeinbildenden Schulen der Stadt Halle sind von dieser Entwicklung nicht ausgenommen. Dass die Stadt Halle derzeit die Kosten für Sprachlehrkräfte selbst übernimmt, wo doch das Land in der Verantwortung steht, ist nur ein Beispiel. Das kann keine Dauerlösung und ein Verlust der Bildungsqualität an Halles Schulen nicht im Interesse der Stadt sein. Die Stadt und der Stadtrat Halle unterstützen daher die Volksinitiative und ihre Ziele.



Stadt Halle (Saale)  
Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

26. Mai 2017

**Sitzung des Stadtrates am 31.05.2017**

**Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der Volksinitiative für mehr Lehrer\*innen und pädagogische Mitarbeiter\*innen an Sachsen-Anhalts Schulen**

**Vorlagen-Nummer: VI/2017/03071**

**TOP: 9.6**

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Stadtverwaltung empfiehlt, dem Antrag zuzustimmen.

**Hinweis:**

Die Stadtverwaltung weist darauf hin, dass insbesondere eine finanzielle Unterstützung einer Volksinitiative, die sich mit ihrem Begehren an den Landtag wendet, durch eine Kommune nicht erfolgen kann. Der letzte Satz sollte daher gestrichen werden.

Katharina Brederlow  
Beigeordnete